

Kanada hilft beim Terrorschutz

Die schnell voranschreitende Entwicklung von Technologien ermöglicht es Terroristen, bei ihren Anschlägen verschiedenste Massenvernichtungswaffen einzusetzen, von Nuklearwaffen bis hin zu biologischen Waffen. Jedoch gibt es in Indonesien bisher kaum Möglichkeiten, derartige Waffen aufzuspüren und zu dekontaminieren. »Ein Großteil der Ausstattung kommt immer noch aus dem Ausland: Masken, Handschuhe und andere Geräte, die zum Schutz und zur Dekontaminierung notwendig sind«, so der Kommandant der Einheit für ABC-Waffen, Eddy Oswantoro. Laut Oswantoro sind die Geräte qualitativ zum Teil schon in der Lage, Waffen aufzuspüren und sie zu dekontaminieren, jedoch sei die Menge an Gerätschaften noch nicht ausreichend, um die Nukleareinheit effektiv beim Schutz vor Terror durch Massenvernichtungswaffen zu unterstützen.

Die kanadische Regierung hat den Kampf gegen die terroristische Nutzung von Massenvernichtungswaffen in Indonesien unterstützt. In einem Abkommen im Jahre 2004 hatte sich die kanadische Regierung bereit erklärt, Indonesien zu diesem Zweck Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen. Die jetzige erneute Unterstützung sei eine Fortsetzung des gemeinsamen Abkommens zwischen der kanadischen und indonesischen Regierung zur Terrorbekämpfung, so John Holmes, der kanadische Botschafter für Indonesien. Zusätzlich zur Schutzkleidung hatte die kanadische Regierung auch ein Nukleartraining für Regierungsbeamte, Polizei und Militär in Indonesien durchgeführt, an dem rund 200 Personen teilnahmen.

vgl. Antara, 14.5.07

Erdbebenopfer noch in Zeltlagern

Es ist nun fast ein Jahr her, seit das Erdbeben Yogyakarta und einige andere Regionen in Zentraljava erschüttert hat, aber immer noch leben Tausende der Opfer in Zelten. Nach offiziellen Angaben müssen derzeit noch über 3.500 Familien in Not-Behelfszelten nächtigen. Danang Parikesit, Sekretär des nationalen technischen Teams für den Wiederaufbau in Yogyakarta, sagte, dass die Zahl von 3.500 Familien auf einer Befragung basiere, die im April 2007 abgeschlossen war. Einige der Erdbebenopfer, die immer noch in Zelten leben, kommen aus Bantul im Süden von Yogyakarta. Sukamto, der im Dorf Terong in Bantul wohnt, sagte, er wohne immer noch in einer behelfsmäßi-

gen Behausung aus Bambus, die mit Hilfe einer NGO gebaut worden sei. »Man kann mein zerstörtes Haus noch nicht wieder bewohnen, denn der Wiederaufbau ist noch nicht abgeschlossen«, so Sukamto. Ähnlich wie Sukamto geht es auch vielen anderen Menschen, die in Bantul leben. Der Bezirksvorsteher bestritt jedoch, dass die Bewohner Bantuls immer noch in Not-Behelfszelten wohnen. Er erklärte, diese Zelte gäbe es in der Tat noch, sie dienten aber lediglich zur Lagerung von Waren. »Die Bewohner leben in Häusern, die wieder aufgebaut wurden oder wenigstens in Behelfs-Unterkünften.«

vgl. Tempointeractive, 14.05.07

1.300 Überseearbeiter im Irak

Nach Schätzungen von Jumhur Hidayat, Vorsitzender der Nationalen Agentur für Unterbringung und Schutz Indonesischer Überseearbeiter (BNP2TKI), sind ungefähr 1.300 indonesische Überseearbeiter im Irak tätig. Sie seien in dieses Land über Jordanien und Syrien eingereist und hätten die entsprechenden indonesischen Servicestellen nicht passiert. »Die meisten von ihnen arbeiten illegal als Hausmädchen. Aber wir kennen die genaue Zahl nicht, da sie illegal gekommen sind«, so Jumhur gegenüber Tempo. Er sagte weiter, dass es in Indonesien eine Menge an Arbeitsagenten gäbe, die nach Leuten suchten, die in Jordanien arbeiteten. Jumhur bestätigte, dass fast alle dieser Agenten illegal seien. Sie besäßen keine Lizenz von der Regierung. »Einige haben wir

bereits gefasst«, sagte er. Gemäß Luhur befinden sich die meisten indonesischen Arbeiter im Irak in sicheren Regionen, aber es sei nicht auszuschließen, dass einige von ihnen in Konfliktregionen arbeiteten. »Das Problem ist, dass wir nicht wissen, wo sie sich befinden«, erklärte Jumhur.

Die indonesische Regierung hatte bereits an die jordanische Regierung geschrieben und darum gebeten, dass sie nicht so schnell eine Arbeitserlaubnis an indonesische Arbeiter ausstellen sollten. Die Regierung hatte Jordanien ebenfalls gebeten, jeden in Jordanien beschäftigten Arbeiter nachzuprüfen. Jumhur sagte, weder Syrien noch Jordanien hätten bisher auf den Brief geantwortet.

vgl. Tempointeractive.com, 14.5.07

Besorgnis über Finanzkrise in Asien

Die Finanzminister Asiens sind besorgt, dass es zu einer erneuten Finanzkrise in der Region kommen könnte. Den Ministern zufolge sind die ökonomischen Bedingungen ähnlich wie die von 1997. Als zu beobachtender Hauptindikator gilt ein großer Kapitalzufluss aus verschiedensten Ländern in die asiatische Region. Laut der indonesischen Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati stammen diese Informationen von dem 40. Jahrestreffen der Asiatischen Entwicklungsbank in Kyoto vom 4. bis 8. Mai. Während des Treffens wurde diskutiert, wie sich der asiatische Markt zehn Jahre nach der Krise zeigt und wie die Zukunft Asiens aussieht. Die Ministerin sagte, das Problem bestehe darin, dass mehrere Länder aufgrund des Kapitalzuflusses unter Druck gerieten, so dass die Währungen stärker würden, so wie die thailändische und die indische. »Thailands Baht und die indische Rupie erleben beide eine Höherbewertung, obwohl sie beide bedeutende Länder sind«, so Sri Mulyani in Jakarta am 13. Mai. Laut der Ministerin müsse Indone-

sien Sorge tragen, dass sich die Krise von vor zehn Jahren nicht wiederholt. Hingegen sagte Anggito Abimanyu, Vorsitzender der Agentur für Finanzpolitik, die Gefahr einer Krise sei in diesem Jahr deutlich geringer als im Jahre 1996. Damals erlebte Indonesien eine Wirtschaftskrise, weil nach dem Kapitalzufluss eine massive Kapitalabwanderung aus Indonesien folgte. »Der Unterschied ist, dass es heute keine Angaben mehr gibt, die nicht von der Regierung überprüft werden«, betonte Anggito. Auch der Ökonom Fauzi Ichsan ist der Auffassung, die Sorge um eine zweite Finanzkrise in Indonesien sei unbegründet. Die Devisenreserve läge höher als die Summe des Kapitals, das kurzfristig in Indonesien investiert werde, so der Ökonom gegenüber der Zeitschrift Tempo. Gegenwärtig liegt die Devisenreserve bei 50 Milliarden US-Dollar, und somit unter der Summe des »heißen Geldes«, das sich auf unter 50 Milliarden US-Dollar beläuft.

vgl. Tempointeractive.com, 14.5.07

Staatsanwälte fechten Newmont-Urteil an

Indonesische Staatsanwälte legten Berufung gegen das Urteil vom April 2007 ein, in dem das US-amerikanische Bergwerksunternehmen Newmont von dem Vorwurf freigesprochen worden war, Tonnen arsen- und quecksilberhaltiger Abfälle von der nunmehr stillgelegten Goldmine in Sulawesi in die Buyat-Bucht gepumpt zu haben. Die Staatsanwälte hatten beabsichtigt, den Geschäftsführer Richard Ness aufgrund dieser Vorwürfe für drei Jahre zu inhaftieren. Ness und der indonesische Zweig der Firma Newmont, PT Newmont Minahasa Raya, wurden ebenfalls beschuldigt, die Gesundheit der Dorfbewohner geschädigt

und das Leben im Meer vergiftet zu haben. Newmont, das weltweit größte Goldbergbauunternehmen, hatte die Vorwürfe stets mit dem Hinweis zurückgewiesen, die Gifte seien ordnungsgemäß beseitigt worden und der Level an Quecksilber und Arsen hätte die Toleranzgrenze nicht überschritten. »Wir haben beim Gerichtshof von Manado Berufung eingelegt«, sagte Oberstaatsanwalt Purwanta. Juristische Begründungen für die Berufung würden dem Indonesischen Obersten Gerichtshof binnen zwei Wochen zugeschickt. Am 7.5.2007 bestand die letzte Möglichkeit, in Berufung zu gehen.

vgl. Antara, 7.5.07, XFN-Asia, 7.5.07

Versuche zum Stopp des Schlammvulkans

Die indonesische Regierung will neue Methoden einsetzen, um den Schlammvulkan in der Nähe der zweitgrößten indonesischen Stadt Surabayain Ostjava, zu stoppen, so Berichte vom 12.5.2007. Die Schlammmassen hatten Dutzende Dörfer unter sich begraben, Tausende Menschen wurden obdachlos. Im Mai letzten Jahres waren zum ersten Mal Schlammfontänen in die Höhe geschossen, nachdem eine Probegasbohrung schief gegangen war. Die Schlammmassen sprudeln weiterhin unaufhörlich aus dem Schlammvulkan, trotz permanenter Versuche, ihn zu stoppen. Der neueste Versuch basiert auf invertiertem Druck, der dort aufgebaut werden soll, wo sich der Aushub um den Krater herum gebildet hat. »Wir hoffen, dass durch diese Methode das aus dem Gasbrunnen austretende Volumen stark reduziert wird«, sagte Djoko Kirmanto, Minister für öffentliche Einrichtungen, nachdem er Präsident Susilo Bambang Yudhoyono am 12. Mai getroffen hatte.

In der Zwischenzeit waren viele Opfer des Schlammvulkans am 12.5.2007 in den Hungerstreik getreten, nachdem sie verdorbenen Reis erhalten hatten. »Das ärgert uns am meisten: Wir haben darum gebeten, statt Essensrationen Geld zu bekommen, aber die Firma scherte das nicht«, erklärte einer der vielen Menschen, die in Behelfsunterkünften leben.

Ein anderer Bewohner sagte, sie würden so lange protestieren, bis man auf ihre Forderungen einginge. Mehrere Gruppen hatten rechtliche Schritte gegen die lokale Bohrfirma PT Lapindo Brantas unternommen, die offensichtlich bei einer Bohrung eine Erdschicht in mehreren Hunderttausend Fuß Tiefe durchbohrt hatte, die den Schlammstrom verursacht hatte. Menschen aus mehr als 13.000 Haushalten mussten seit Mai 2006 ihre Häuser verlassen und in Behelfsunterkünfte umziehen.

vgl. Antara, 13.5.07